

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 362

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/845

### **Windräder Briesen: Nachfrage zur Kleinen Anfrage Nr. 269 Drucksache 7/596 mit Antwort Drucksache 7/815**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage wirft die Notwendigkeit diverser Nachfragen auf.

Vorbemerkung der Landesregierung: Gemäß § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages ist jedes Mitglied des Landtages berechtigt, von der Landesregierung Auskünfte zu verlangen. Im Rahmen Kleiner Anfragen können Fragen zu einem bestimmten Sachverhalt gestellt werden. Die Regelung umfasst nicht die Vorlage von Akten oder Dokumenten. Antworten auf Kleine Anfragen werden schriftlich abgefasst und veröffentlicht. Schon aufgrund des Umfangs von ganzen Genehmigungsakten ist eine Veröffentlichung derartiger Unterlagen nicht möglich.

1. In welchen festgelegten Zyklen werden genehmigungsbedürftige Anlagen im Zusammenhang mit WEA und deren Anlagenteile durch die zuständigen Behörden kontrolliert?

Zu Frage 1: Für Windkraftanlagen sind keine Fristen für eine Regelüberwachung nach § 52 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) festgelegt. Die Anlagen werden anlassbezogen bei Beschwerden überprüft. Windenergieanlagen (WEA) sind Maschinen, die der EU-Maschinenrichtlinie unterfallen. Der Bundesverband WindEnergie e.V. hat einen Leitfaden für wiederkehrende Prüfungen von Windenergieanlagen herausgegeben. Für die Standicherheit der Anlage ist der Betreiber verantwortlich. Die Inspektion und Wartung der gesamten WEA erfolgt ab Inbetriebnahme regelmäßig durch Fachunternehmen aus dem Bereich Service-/ Wartung gemäß Wartungspflichtenheft der Hersteller (regelmäßig Auflage der BImSchG-Genehmigung). Parallel hierzu erfolgen wiederkehrende Prüfungen an der WEA u. a. gemäß den Vorgaben der Richtlinie des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt-Richtlinie) und der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) durch unabhängige Sachverständige bzw. zugelassene Überwachungsstellen (ZÜS). Die wiederkehrende Prüfung erfolgt gem. DIBt-Richtlinie alle 2 bis 4 Jahre. Ob und in welchem Umfang wiederkehrende Prüfungen im Bereich des Arbeitsschutzes und der Betriebssicherheitsverordnung veranlasst sind, obliegt der Einschätzung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV).

2. Werden zum Betrieb der Anlagen Gefahrstoffe notwendigerweise verwendet? Wenn ja, welche und in welchen Mengen?

Zu Frage 2: Alle Stoffe, mit denen in der Anlage umgegangen wird, ergeben sich aus der beigefügten Tabelle (Anlage 1).

3. Werden in den WEA brennbare und wassergefährdende Flüssigkeiten benötigt, gelagert und umgefüllt? Bitte die Sicherheitsdatenblätter bereitstellen.

Zu Frage 3: In den WEA lagern brennbare und wassergefährdende Flüssigkeiten, die bei der Errichtung und zum laufenden Betrieb benötigt werden. Dabei handelt es sich um Schmierstoffe, wie Schmieröle, Hydraulik- und Getriebeöle, Gleitmittel sowie Frost- und Korrosionsschutzmittel. Eine Übersicht der Stoffe sowie deren Datenblätter sind als Anlage 2 beigefügt.

4. Welche Feststellungen führten 2018 zur Ablehnung der Genehmigung? Bitte um Auflistung der relevanten Feststellungen.

Zu Frage 4: Die beantragten Anlagenstandorte befanden sich außerhalb der im rechtskräftigen sachlichen Teilregionalplan "Windenergienutzung" der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (RegPIWind) festgelegten Eignungsgebiete Windenergienutzung. Damit bestand ein Widerspruch zu dem Ziel Z 1 RegPIWind, so dass das Vorhaben nicht mit diesem Ziel der Raumordnung vereinbar war. Der Landesbetrieb Forst als untere Forstbehörde kam zu der Entscheidung, dass der Waldumwandlung nicht zugestimmt werden kann, da der Walderhalt im öffentlichen Interesse liegt, solange der rechtskräftige Regionalplan kein Windeignungsgebiet an dieser Stelle vorsieht. Die Obere Naturschutzbehörde und die Überwachungsbehörde hatten wegen nachzureichender Unterlagen dem Vorhaben zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht zugestimmt.

5. Welche (ggf. neuen) Erkenntnisse haben dann 2019 zur Genehmigung der Anträge geführt?

Zu Frage 5: Während der Widerspruchsbearbeitung ist der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung in Kraft getreten und die geplanten sieben WKA befinden sich vollständig im Windeignungsgebiet WEG 37 „Biegen-Ost“. Die zum Zeitpunkt der Entscheidung fehlenden Unterlagen wurden ebenfalls während der Widerspruchsbearbeitung nachgereicht.

6. Welche Parameter und sonstigen Feststellungen mussten überarbeitet werden? Wurden Nebenbestimmungen erteilt? Wenn ja, welche?

Zu Frage 6: Es mussten Sachverhalte des Immissionsschutzes und des Naturschutzes auf der Basis der nachträglich eingereichten Unterlagen neu geregelt werden. Es wurden Nebenbestimmungen zu den Sachverhalten Immissionsschutz (hier insbesondere zu Lärm, Schattenwurf und Lichtimmissionen), Anlagensicherheit (Standicherheit und Brandschutz), Gefahr durch Eiswurf, Arbeitsschutz, Abfallrecht, Bodenschutz, Sicherheit der Luftfahrt sowie Natur- und Landschaftspflege erteilt.

7. Wurden Turbulenzbetrachtungen in Anbetracht der neuen Situation angestellt?

Zu Frage 7: Ja.

8. Wie wurden Schall und Infraschall im Antrag berücksichtigt? Wurden Messungen mit Inbetriebnahme durchgeführt?

Zu Frage 8: Schall wurde nach den Regelungen der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm berücksichtigt. Besondere Regelungen zu Infraschall bestehen nicht. Die Durchführung von Messungen spätestens 12 Monate nach Inbetriebnahme wurde angeordnet.

9. Welche Maßnahmen wurden in der Ausnahmezulassung gemäß § 30 BNatSchG gefordert, um das Biotop auszugleichen?

Zu Frage 9: Die Ausnahmezulassung erfolgte für die temporäre Flächeninanspruchnahme einer Teilfläche des Biotopes Staudenfluren (Säume) trockenwarmer Standorte. Durch ein umfangreiches Maßnahmenkonzept wird sichergestellt, dass Beeinträchtigungen minimiert und die Biotopfläche nach Abschluss der Inanspruchnahme wiederhergestellt wird. Zur Sicherstellung der Umsetzung erforderlicher Maßnahmen wurde grundsätzlich auf die Festsetzungen des landschaftspflegerischen Begleitplanes (LBP) verwiesen.

10. Wer war an der Abwägung zur Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligt? Bitte um Kopie der Feststellungen und abgewogenen Maßnahmen.

Zu Frage 10: Das Landesamt für Umwelt (LfU) als zuständige Genehmigungsbehörde hat auf der Grundlage der nach den §§ 4 bis 4e der 9. BImSchV (Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) vom 29. Mai 1992 (BGBl. I, S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. Dezember 2017 (BGBl. I Nr. 77, S. 3882)) beizufügenden Unterlagen, der behördlichen Stellungnahmen nach den §§ 11 und 11a der 9. BImSchV, der Ergebnisse eigener Ermittlungen sowie der Äußerungen und Einwendungen Dritter eine zusammenfassende Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens auf die in § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter erarbeitet. Bezüglich der Übergabe von Aktenbestandteilen wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

11. Warum wurde die Abstandsflächentiefe um 50 % reduziert?

Zu Frage 11: Der Antragsteller hat einen Antrag auf Abweichung von § 6 der Brandenburgischen Bauordnung gestellt und die Voraussetzungen lagen vor.

12. Was hat sich seit der ersten Antragstellung weiter verändert?

Zu Frage 12: Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

13. Welche sonstigen Erkenntnisse liegen aus naturschutzfachlicher Sicht vor? Wurden Ausnahmen, z. B. im Hinblick auf die europäische Vogelschutzrichtlinie, erteilt?

Zu Frage 13: Die naturschutzrechtlichen Belange wurden im Zulassungsverfahren durch die Erstellung entsprechender Fachplanungen auf der Grundlage fachgutachterlicher Ermittlungen

gen und Bewertungen umfassend und den fachlichen und rechtlichen Anforderungen entsprechend bearbeitet. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sind in die Zulassung eingeflossen, so im Wesentlichen durch die Nebenbestimmungen (siehe NB IV.7.1 bis IV.7:9) sowie durch die Festsetzung der Ersatzzahlung für die nicht ausgleich- und ersetzbaren Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes gemäß Kompensationserlass Windenergie (Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Kompensation von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch Windenergieanlagen (Kompensationserlass Windenergie) vom 31.01.2018 <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/start/service/rechtsvorschriften/natur/kompensationserlass-windenergie>) unter Entscheidung zu Punkt 5 des Widerspruchsbescheides.

Darüber hinaus wurde im Verfahren die Zufahrt zu einer Windenergieanlage umgeplant, um einen Zugriff auf Flächen des Landschaftsschutzgebietes „Biegener Hellen“ und einen damit verbundenen Verlust von Waldflächen zu vermeiden. Europäische Schutzgebiete (Vogelschutzgebiete und Flora-Fauna-Habitat-Schutzgebiete) sind vom Vorhaben weder direkt noch indirekt betroffen.

14. Liegt ein kompletter Vorgang bis zum beauftragten Genehmigungsbescheid vor? Wenn ja, bitte um Übergabe einer Kopie.

Zu Frage 14: Es liegt eine vollständige Genehmigungsakte bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem LfU, vor. Wegen der Übergabe von Kopien wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

15. Wird die Genehmigung der WEA dazu führen, dass man sich bei der Beantragung weiterer WEA auf eine Entwertung des Landschaftsbildes wird berufen können?

Zu Frage 15: Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und deren Kompensation werden im Genehmigungsverfahren auf der Grundlage des Kompensationserlasses Windenergie ermittelt und bewertet. Dabei werden auch Vorbelastungen berücksichtigt. Als Vorbelastung sind neben der sonstigen technischen Infrastruktur (hier: u. a. Autobahn, Raststätte, Freileitungen) insbesondere bereits vorhandene Windenergieanlagen im Umfeld der jeweils beantragten Windenergieanlagen (Bemessungskreis nach Kompensationserlass Windenergie ist das 15-fache der Anlagenhöhe) zu berücksichtigen.

#### **Anlage/n:**

1. Anlage 1
2. Anlage 2